

Aargauer Zeitung

TALKTÄGLICH

Asylnotlage: Gallatis Aussage zur irakischen Familie in Birrhard überraschte Hardliner Schoop

Im Aargau sind nicht nur die Plätze knapp, um Geflüchtete unterzubringen, es fehlt auch an Personal, um sie zu betreuen. Dies wurde im TalkTäglich mit Regierungsrat Jean-Pierre Gallati (SVP), Gemeindeammann Adrian Schoop (FDP-Grossrat) sowie Netzwerk-Asyl-Präsident Rolf Schmid (SP-Grossrat) deutlich.

Fabian Hägler

29.08.2023, 21.08 Uhr

[Mitte Januar rief der Regierungsrat im Aargau die Asylnotlage aus](#), weil die Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge stark stieg. Schon zuvor hatte Sozialdirektor [Jean-Pierre Gallati gewarnt, im Februar oder März könnten die Unterkünfte des Kantons voll belegt](#) sein.

Seither wurden im Aargau zahlreiche zusätzliche Plätze für Geflüchtete geschaffen – und dies ist auch nötig, denn Ende Juli wurde mit 8826 Personen aus dem Asylbereich im Aargau ein neuer Höchststand erreicht.

Dennoch konnten Kanton und Gemeinden bisher sämtliche Flüchtlinge aufnehmen, die vom Bund zugewiesen wurden. Moderator und AZ-Chefredaktor Rolf Cavalli wollte deshalb im TalkTäglich am Dienstag auf Tele M1 von Gallati wissen, wie die Lage aktuell aussehe. Dieser sagte, es gebe noch gewisse Reserven,

allerdings müssten vermehrt unterirdische Anlagen auch mit Familien belegt werden.

Zivilschutz in der Gops beim Kantonsspital Aarau

Eine der neuen Unterkünfte, die kein Tageslicht haben, ist die [Geschützte Operationsstelle \(Gops\) des Kantonsspitals Aarau \(KSA\). Diese wird ab Oktober mit Flüchtlingen belegt](#) – und sie ist ein Beispiel dafür, dass nicht nur die Plätze knapp werden, sondern auch das Betreuungspersonal im Aargau fehlt.

«Wir müssen bei der Gops in Aarau zuerst mit Zivilschützern arbeiten, obwohl diese Leute eigentlich nicht dafür ausgebildet sind», legte Gallati dar. Weder der Kantonale Sozialdienst noch die Betreuungsfirmen wie zum Beispiel ORS hätten genügend Personal, erklärte er.

Rolf Schmid, SP-Grossrat und Präsident des Netzwerks Asyl Aargau, sieht dies kritisch. Gerade bei unterirdischen Anlagen sei eine gute Betreuung für die Geflüchteten sehr wichtig, sagte er. «Uns geht es nicht primär um die Anzahl der Plätze für die Geflüchteten, sondern um das Wohlbefinden dieser Menschen», so Schmid.

Gallati und Schoop sehen Fall Birrhard unterschiedlich

«Wir können derzeit niemanden mehr aufnehmen», sagte Adrian Schoop, Gemeindeammann von Turgi und FDP-Grossrat. In seinem Dorf lebten rund 30 Asylsuchende, wenn mehr Personen zugewiesen würden, müsste die Gemeinde weitere Wohnungen mieten. Dies

sei schwierig, zudem habe er Angst, dass die Stimmung in der Bevölkerung kippe.

Ein Fall wie in Birrhard, wo sich eine siebenköpfige irakische Familie erst weigerte, eine Wohnung zu beziehen, sei nicht akzeptabel. Gallati entgegnete, im letzten Jahr habe es rund 1600 Zuweisungen vom Kanton an die Gemeinden und keine Probleme gegeben. Zum Fall Birrhard hielt er fest, die Familie sei nach ein paar Stunden eingezogen. Gallati räumte ein, eine 70-Quadratmeter-Wohnung sei für eine solche Grossfamilie wohl wirklich nicht optimal.

Rolf Schmid sagte, die Wohnung sei vom Standard her ausgezeichnet, aber für die Familie einfach zu klein. «Man muss sich auch einmal in die Situation dieser Menschen hineinversetzen», ergänzte er. Und Schmid wehrte sich gegen den Vorwurf, der Verein Netzwerk Asyl hetze Flüchtlinge praktisch gegen die Gemeinden auf, auch wenn die Wohnungen geeignet seien. Schmid sagte, relativ oft stelle man dort Schimmel fest, dann müsse man eingreifen.

Ausschaffen oder Zentren bauen? Beides hilft nicht

Schoop wiederum sagte, man müsse das Problem an der Wurzel packen und abgewiesene Asylsuchende viel konsequenter ausschaffen. Und er forderte, die Asylgesetze so zu vollziehen, dass es sich nicht lohne, in die Schweiz zu kommen, wenn man kein echter Flüchtling und nicht an Leib oder Leben bedroht sei.

Schmid konterte, eine Ausschaffung wäre im Aargau nur bei rund 300 Personen möglich und würde keine grosse Entlastung im Asylwesen bringen. Er widersprach Schoop vehement, als dieser von 35'000 Geflüchteten schweizweit sprach, die in ihre Heimat zurückgeschafft werden könnten. Dies seien vorläufig Aufgenommene, die aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen nicht abgeschoben werden könnten.

Schmid selber fing sich am Ende einen Konter von Gallati ein, als er fragte, warum der Kanton nicht die einst geplanten Grossunterkünfte für 150 bis 300 Flüchtlinge gebaut habe. Der Regierungsrat räumte ein, dass dies tatsächlich einmal so im Kantonsparlament beschlossen worden sei. «Doch auch mit vier Zentren mit je 200 Plätzen wäre das Problem nicht gelöst, dies würde nicht reichen.» Auf die Frage, ob die Asylplätze im Aargau bis Ende Jahr ausreichen, sagte Gallati, dies hänge davon ab, welches Szenario des Bundes bei den Flüchtlingszahlen eintreffen werde.